

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

1. Die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs im Jahr 1915

[urn:nbn:de:bsz:31-221067](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-221067)

Statistische Mitteilungen

über das Großherzogtum Baden.

Herausgegeben vom Großh. Badischen Statistischen Landesamt.

Neue Folge Band IX.

Mai.

Jahrgang 1916.

Erscheinen monatlich. Jährl. Bezugspreis (einschl. Sondernummern) 3 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs im Jahr 1915. — 2. Geschäftsergebnisse des Verbandes der unterbadischen Kreditgenossenschaften im Jahr 1915. — 3. Der Zugang an neuerbauten Wohnungen in Baden in den ersten sieben Monaten des Jahres 1915. — 4. Wasserverkehr in den wichtigeren badischen Hafenplätzen in den einzelnen Monaten des Jahres 1916. — 5. Die Lage des Arbeitsmarktes im Mai 1916. — 6. Stand und Bewegung der Tierseuchen im Mai 1916. — 7. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im Mai 1916. — 8. Geschäftsergebnisse der Landesversicherungsanstalt Baden im Mai 1916. — 9. Die Einnahmen der von Privatgesellschaften betriebenen badischen Nebenbahnen im April 1916. — 10. Die Preise von Lebensbedürfnissen und Verbrauchsgegenständen im Mai 1916.

1. Die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs im Jahr 1915.

Im Jahr 1915 sind dem Großh. Verwaltungsgerichtshof 261 Streitfälle zur Erledigung vorgelegen; 111 davon sind im Laufe des Jahres neu anhängig geworden, während die restlichen 150 aus dem Jahr 1914 übergegangen waren. Tatsächlich erledigt wurden 193 Streitsachen, und zwar durch Vergleich und Verzicht 88, durch Unzulässigkeitserklärung 2 und durch Entscheidung 103; von den letzteren haben 57 die Vorentscheidung bestätigt und 46 dieselbe abgeändert. In den Geschäftskreis des Ministeriums der Finanzen gehörten 103 von den erledigten Fällen, in den des Ministeriums des Innern 87, in den des Ministeriums des Kultus und Unterrichts 2 und in den des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen 1 Fall.

Der Verwaltungsgerichtshof war hierbei angerufen worden in 103 Fällen auf Grund des § 3 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Staatsabgaben), in 40 Fällen nach § 4 Ziffer 1 dieses Gesetzes (polizeiliche Verfügungen) und in 23 Fällen nach § 2 Ziffer 10 desselben Gesetzes (Armenpflege). In den übrigen Fällen sind sonstige Zuständigkeitsbestimmungen nur vereinzelt (1 bis 4 mal) für die gerichtliche Tätigkeit maßgebend gewesen.

Erwähnt sei noch, daß 132 Fälle (68%) in öffentlicher Sitzung durch Rechtsanwälte vertreten wurden.

2. Geschäftsergebnisse des Verbandes der Unterbadischen Kreditgenossenschaften im Jahr 1915.

Dem Verbande gehörten zu Ende des Berichtsjahres 53 Genossenschaften mit 52 382 Mitgliedern an. Von diesen 53 Genossenschaften hatten 44 unbeschränkte und 9 beschränkte Haftpflicht. Nach dem Berufsstand gliederten sich die Mitglieder folgendermaßen: Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft und Fischerei 13 282, Gewerbe und Industrie 19 433, Handel und Verkehr 9760, Diensthöfen und Tagelöhner 664, Angehörige der sog. freien Berufe 3492 und Personen ohne Beruf 5751. Der Gesamtumsatz belief sich auf 1 412 127 000 M., er hat gegenüber dem Jahr 1914 eine Zunahme um 127 022 000 M. aufzuweisen. Der Reingewinn betrug 1 897 704 M., davon wurden 504 619 M. den Reserven überwiesen, 1 085 139 M. den Mitgliedern als Dividende gutgeschrieben. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug 19 542 826 M.; der Haupt- und Hilfsreservecfonds 11 656 111 M. Von den 53 Genossenschaften hatten 37 Scheckverkehr. Die Höhe der Eintrittsgelder bewegt sich zwischen 2 und 15 M., diejenige des Geschäftsanteils zwischen 100 und 2000 M. und der Höchstbetrag des gewährten Einzelkredits zwischen 4500 und 200 000 M.